

Der Nahe Osten als Teil des weltweiten Aufbegehrens fortschrittlicher Kräfte gegen imperialistische Reaktion und Aggression

Von Alexander Charlamenko, 18.10.23

Am 7. Oktober flammten im Nahen Osten erneut groß angelegte Militäraktionen auf. Die herrschenden Kreise und Medien Israels, der USA, ihrer NATO-Verbündeten und Vertreter in anderen Ländern behaupten, alles habe mit dem Überfall von Kämpfern der Islamischen Widerstandsbewegung (Hamas) und anderer palästinensischer Organisationen aus dem Gazastreifen auf das Territorium Israels begonnen. Dadurch erscheinen die Palästinenser als Angreifer und Israel als Opfer eines Angriffs. Diese Version zielt auf diejenigen, die sich nicht daran erinnern, dass es gerade Israel ist, das schon seit Jahrzehnten und in Verletzung der UN-Beschlüsse systematisch die Besetzung Palästinas und die Vertreibung seiner Bevölkerung von ihrem Land betreibt, indem es die Unterstützung der USA genießt, die im Nahen Osten ihre imperialistischen Ziele verfolgen.

Der Beginn der aktuellen Konfliktphase fiel mit mehreren historischen Daten zusammen:

- Vor 100 Jahren, nach dem Ersten Weltkrieg, wurde Palästina unter das Mandat Großbritanniens gestellt, das die Politik der Vertreibung der Araber durch jüdische Siedler einleitete.
- Vor 50 Jahren, am 6. Oktober 1973, begann der vierte arabisch-israelische Krieg, als arabische Länder versuchten, ihre Gebiete von der Besatzung zu befreien und faire Öl-Preise auf dem Weltmarkt durchzusetzen.
- Vor vierzig Jahren, im Oktober 1983, landeten amerikanische Truppen im Libanon, erlitten jedoch schwere Verluste durch Guerillaangriffe und mussten evakuiert werden.
- Vor dreißig Jahren, im September 1993, nach mehreren Jahren der Intifada – einer Massenprotestkampagne in den besetzten Gebieten des Westjordanlands und des Gazastreifens – unterzeichneten die Palästinensische Befreiungsorganisation und Israel die Vereinbarungen von Oslo. Ihnen zufolge wurde in diesen Gebieten anstelle eines noch in den UN-Resolutionen vorgesehenen palästinensischen Staates eine begrenzte Autonomie geschaffen.

In allen Folgejahren setzte sich die Eroberung palästinensischer Gebiete durch israelische Siedler und das Militärkommando der Besatzer fort. Den Palästinensern drohte die vollständige Vertreibung aus ihrem Heimatland.

Die geringe Wirksamkeit friedlicher Kampfformen und der Mangel an internationaler Unterstützung führten bei einigen Palästinensern zur Enttäuschung über die gemäßigte Führung der Autonomiebehörde. Im bevölkerungsreichsten und ärmsten Teil Palästinas – dem Gazastreifen – kamen radikale Islamisten unter Führung der Hamas an die Macht. Nach ihrer Rückkehr zu bewaffneten Aktionen erreichten radikale Islamisten den Abzug israelischer Truppen und Siedler aus Gaza. Die Besetzung löste eine 17-jährige Blockade ab, die den Willen der Bewohner Gazas jedoch nicht brechen konnte.

In den letzten Jahren hatte auch im Westjordanland eine Widerstandsbewegung an Stärke gewonnen, die Streiks mit bewaffneten Kampfformen kombinierte. Die Besatzer reagierten mit zunehmend brutaler Repression, insbesondere als die Netanjahu-Regierung unter

Beteiligung der Ultrarechten in Israel an die Macht kam, die USA ihre Botschaft nach Jerusalem verlegten und damit die Annexion der heiligen Stadt der drei Religionen durch Israel anerkannten. Das ganze Jahr 2023 über kam es zur Eskalation von Straftatungen im Westjordanland; Hunderte Palästinenser wurden getötet, Tausende verletzt und verhaftet. Ultrarechte Siedler drangen in eine der heiligsten Stätten des Islam, die Al-Aqsa-Moschee in Ostjerusalem, ein und provozierten damit den Ausbruch von Gewalt. Nicht zufällig nannte die Hamas nun ihre Vergeltungsaktion „Al-Aqsa-Flut“.

Auch an einer anderen Front – gegen Syrien und den Libanon – nahm die Aggression zu. Seit 1967 besetzt Israel die syrischen Golanhöhen und seit den 1970er Jahren Grenzdörfer im Libanon. Es kommt weiterhin zu Schießereien zwischen den Besatzern und der militärisch-politischen Organisation libanesischer Schiiten – der Hisbollah. In Syrien bewahren die Besatzer die Terroristen des Islamischen Staats vor einer vollständigen Niederlage, indem sie ihnen auf den Golanhöhen Zuflucht gewähren. Israelische Flugzeuge bombardieren regelmäßig Regierungstruppen und iranische Einheiten, die Syrien auf dessen Einladung hin unterstützen. Am 5. Oktober sprengten Terroristen eine Militärschule in Homs in die Luft. Die israelische Luftwaffe legte wiederholt zivile Flughäfen in Damaskus und Aleppo lahm.

Die provokativen Aktionen des israelischen Regimes waren weitgehend eine Reaktion auf internationale Veränderungen der letzten Jahre. Hervorzuheben sind erstens die Schwächung der Europäischen Union, die den gemäßigten Flügel der PLO unterstützt hatte; zweitens die Versuche der USA, die Anerkennung Israels durch konservative arabische Regime zu erreichen; drittens die Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien unter chinesischer Vermittlung sowie der Beitritt dieser Länder und Ägyptens zu den BRICS-Staaten.

Angesichts all dessen ist es einerseits nicht verwunderlich, dass die Geduld der blockademüden Palästinenser in Gaza erschöpft ist; andererseits gab es Kreise in Israel und den USA, die einen militärischen Konflikt provozierten, um die palästinensische Bewegung und ihre Verbündeten zu besiegen. Zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert erklärte Israel den Kriegszustand und setzte sich die vollständige Vernichtung der Hamas zum Ziel. Viele meinen, das eigentliche Ziel sei die Vertreibung oder Ausrottung aller Palästinenser, die von israelischen Ultras als „menschenähnliche Tiere“ bezeichnet wurden.

Die Zahl der Todesopfer durch die Bombenangriffe auf Gaza und die Vergeltungsmaßnahmen im Westjordanland nähert sich 3.000. Die vollständige Blockade des Gazastreifens droht noch mehr Opfer hervorzubringen: Sie werden von der Versorgung mit Wasser, Strom, Lebensmitteln und Medikamenten abgeschnitten. Die Besatzer fordern die Zivilbevölkerung auf, sofort aus dem Norden des Gazastreifens in den Süden zu ziehen, greifen jedoch selbst Flüchtlinge an und lassen nicht einmal humanitäre Hilfe aus dem benachbarten Ägypten zu.

Der Beginn einer Bodenoffensive droht nicht nur massives Blutvergießen auszulösen, sondern auch eine Ausweitung des Krieges. Hunderttausende Muslime protestieren in vielen Ländern auf den Straßen und fordern aktive Unterstützung für Palästina. Saudi-Arabien brach die Gespräche über eine Normalisierung der Beziehungen mit Israel ab. Der Iran warnte vor einem möglichen Kriegseintritt. Der iranische Außenminister stattete dem Irak, Syrien und dem Libanon einen Blitzbesuch ab und führte Gespräche mit den Führern von

Hamas und Hisbollah. Präsident Biden hingegen richtete eine Warnung an den Iran. Die USA bekundeten ihre volle Unterstützung für Israel und entsandten zwei Flugzeugträgerverbände ins Mittelmeer. Das Außenministerium schließt eine Intervention amerikanischer Truppen zur Rettung amerikanischer Bürger nicht aus. Großbritannien ist bereit, Seestreitkräfte zu entsenden. Der gesamte Nahe Osten ist von einer groß angelegten imperialistischen Intervention bedroht, die einen neuen Weltbrand auslösen könnte.

Solidaritätsdemonstrationen mit dem palästinensischen Volk haben sich in vielen Ländern Europas, den USA und Lateinamerikas ausgeweitet. Besonders große Proteste fanden in Chile statt, wo eine der größten palästinensischen Diaspora lebt. Offizielle palästinensische Vertretungen veranstalten in lateinamerikanischen Ländern Solidaritätstreffen mit der Bevölkerung.

Besonders hervorzuheben ist die Erklärung des Außenministeriums der Republik Kuba. Darin wird tiefe Besorgnis über die Eskalation der Gewalt zum Ausdruck gebracht, die eine Folge „jahrzehntelanger israelischer Praxis der illegalen Besatzung und Kolonisierung, der eklatanten Verletzung der unveräußerlichen Rechte des arabischen Volkes Palästinas auf seinem eigenen Territorium sowie der langfristigen Missachtung der Ziele und Grundsätze der UN-Charta und des Völkerrechts, einschließlich zahlreicher UN-Resolutionen,“ sei.

Die kubanische Erklärung verurteilte den Verlust ziviler und unschuldiger Menschenleben auf allen Konfliktseiten sowie die massiven Bombenangriffe, die Zerstörung von Häusern, Krankenhäusern und ziviler Infrastruktur sowie die Unterversorgung mit Wasser, Strom und Treibstoff. Diese Angriffe stellen schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht dar. Das kubanische Außenministerium appellierte dringend an einen Waffenstillstand und die sofortige Bereitstellung humanitärer Hilfe.

Kuba bekräftigte seine Unterstützung für „eine umfassende, gerechte und dauerhafte Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts auf der Grundlage der Schaffung zweier Staaten, die die Ausübung des Rechts auf freie Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes und die Errichtung eines unabhängigen und souveränen palästinensischen Staates innerhalb der Grenzen von vor 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt ermöglichen und zugleich das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr garantieren würden.“

Das kubanische Außenministerium forderte den UN-Sicherheitsrat auf, „sein Mandat zu erfüllen und der Straflosigkeit Israels, der Besatzungsmacht, ein Ende zu setzen, mit der die Vereinigten Staaten historisch unter einer Decke stecken und die Handlungen dieses Gremiums wiederholt Obstruktionen und Vetos aussetzen, was den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität in der Region untergräbt.“

Das bolivarianische Venezuela und das sandinistische Nicaragua drückten ihre Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes aus. Besonders hervorzuheben ist die mutige Rede des kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro, der Israels Vorgehen mit den Verbrechen der Nazis verglich. Er sprach nicht nur über den Nahen Osten, sondern auch über Kolumbien, wo Israel seit Jahrzehnten zur Verlängerung des bewaffneten Konflikts beiträgt, indem es reaktionären Regimen und paramilitärischen Terrorgruppen Waffen und Berater liefert. Daraufhin überfiel der israelische Botschafter den Präsidenten mit beleidigenden Angriffen, und die kolumbianische Seite forderte ihn auf, sich offiziell zu entschuldigen und das Land zu verlassen.

Somit geht die internationale Bedeutung des palästinensisch-israelischen Konflikts weit über den Nahen Osten hinaus; er ist Teil eines weltweiten Abwehrkampfes fortschrittlicher Kräfte gegen die imperialistische Reaktion und Aggression.

(A.C. mündlich, bei seinem internationalen Überblick im russ. Telekanal „Europa für Kuba“ am 2.12.2024):

In der Nacht zum 8. Dezember 2024 fiel Damaskus, die Hauptstadt der Arabischen Republik Syrien, in die Hände von Rebellen, die von den Kräften des Imperialismus und der regionalen Reaktion finanziert, bewaffnet und ausgebildet worden waren. Die Bevölkerung, erschöpft von 14 Jahren verheerendem Krieg und erdrückender Blockade, fand nicht die Kraft, dem koordinierten Angriff überlegener feindlicher Kräfte zu widerstehen.

Der Imperialismus hatte ernsthafte Gründe, Syrien fast genauso zu hassen wie Kuba. Syrische Patrioten hatten im Zweiten Weltkrieg auf der Seite der Anti-Hitler-Koalition gekämpft. Nachdem es sich von der faschistisch-kolonialen Regierung der französischen Statthalter des Nazismus befreit hatte, war Syrien das erste Land im Orient, das bereits 1943 seine Unabhängigkeit erklärte. Im März 1946 erreichte es den Abzug der britischen und französischen Truppen aus seinem Staatsgebiet. Seitdem, über 80 Jahre hinweg, blieb Syrien seit 1954 eines der Zentren des antiimperialistischen Kampfes.

Seit Mitte der 60er Jahre begab sich Syrien unter Führung der Partei der Arabischen Sozialistischen Wiedergeburt auf den Weg des sozialen Fortschritts.

Schlüsselpositionen in der Wirtschaft gingen in die Hände des Staates über. Die durchgeführte Industrialisierung war die erfolgreichste in der arabischen Welt.

Menschen verschiedener Nationalitäten und Glaubensrichtungen lebten friedlich in einem geeinten Land, es entwickelte sich eine säkulare Kultur, der sektiererische Gewalt fremd war. Linke Parteien, darunter auch Kommunisten, agierten legal als Teil der Nationalen Patriotischen Front und waren im Parlament und in der Regierung vertreten. Syrien war ein wichtiger Verbündeter der UdSSR im Nahen Osten. Mit sowjetischer Hilfe wurde ein Wasserkraftwerk am Euphrat gebaut und wurden Ölvorkommen erschlossen. Dank der militärischen Unterstützung der UdSSR war es möglich, eine Intervention der USA zu verhindern und drei Aggressionen Israels aufzuhalten, die einen Teil des syrischen Territoriums, die Golanhöhen, besetzte. Internationalistische Kämpfer aus Kuba und der DVR Korea beteiligten sich an der Verteidigung Syriens. Syrien solidarisierte sich seinerseits mit dem Kampf des palästinensischen Volkes und stellte sich aktiv gegen die imperialistische Intervention im Libanon. Linke Organisationen, die in einer Reihe von Ländern dieser Region verfolgt wurden, fanden ihren Sitz in Damaskus.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR wurde das aufsässige Land einer Wirtschaftsblockade unterworfen. Die vom transnationalen Kapital monopolisierten Medien schufen ein Bild von Syrien als „Opfer eines blutigen Regimes“, obwohl es dafür keine Beweise gab, außer nicht existenten „Chemiewaffen“ und anderen Fälschungen. Unter ausländischem Druck musste Syrien seine Truppen aus dem Libanon abziehen, die für die Sicherheit beider Länder gesorgt hatten. Ein Teil der syrischen Bevölkerung wurde in extremistische Organisationen hineingezogen.

Seit 2011 begann der Export der Konterrevolution unter Ausnutzung von Terrorgruppen wie dem berüchtigten IS. Die USA, ihre europäischen Verbündeten, die Türkei, Israel und

konservative arabische Regimes beteiligten sich an der Aggression. Auf der Seite Syriens standen Kuba, Venezuela, Nicaragua, die DVRK, der Iran, der Irak und Algerien, die selbst der Wirtschaftsblockade und unerklärten Kriegen ausgesetzt waren. Seit 2015 wurde Syrien von Russland militärisch unterstützt.

Nach der Zerschlagung des IS wurde ein Waffenstillstand erreicht, aber in der Nähe der türkischen Grenze verblieb ein Zufluchtsort für aufstandsbereite Rebellengruppen. US-Truppen hielten den Nordosten Syriens besetzt, mit seinen Erdölquellen und dem Euphrat-Wasserkraftwerk. Trump erklärte öffentlich, dass die USA niemals das syrische Öl wieder herausrücken werden. Über die Kriegsjahre hinweg war das Land in Schutt und Asche gelegt, waren Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht worden. Die Blockade behinderte den Wiederaufbau der Wirtschaft.

Im vergangenen Jahr verschlechterte sich die Lage dramatisch, als Israel mit Unterstützung der USA den Krieg zur Vernichtung der Palästinenser im Gazastreifen entfesselte. Die israelische Armee griff wiederholt auch syrische Städte, darunter Damaskus, mit Raketen an und behauptete ohne Beweisvorlage, dass sich dort iranische Truppen oder Lager von „Terroristen“ befänden.

Die israelische Invasion im Libanon begann im Oktober dieses Jahres und versetzte den patriotischen Kräften dieses Landes und ihren syrischen Verbündeten einen schweren Schlag. Am 27. November begann unter „Vermittlung“ der USA und Frankreichs ein „Waffenstillstand“ im Libanon, den Israel nicht einhält, während es den Süden des Landes weiterhin besetzt hält.

Am 28. November, unmittelbar nach dem libanesischen „Waffenstillstand“, begann eine Offensive bewaffneter Gruppen der „vereinigten Opposition“ aus der vorherigen „Waffenstillstands“-Zone in Nordsyrien. Befreundete asiatische und lateinamerikanische Staaten bekundeten erneut ihre Solidarität mit Syrien. Doch die meisten arabischen Länder und die UNO riefen die Parteien nur zu Verhandlungen auf. Leider bekundeten Russland und andere BRICS-Länder keine Unterstützung für die legitimen syrischen Machtorgane. Offizielle Friedensvorschläge gab es dabei nicht. Über die Motive für diese Position können wir nur Hypothesen aufstellen.

Wahrscheinlich befürchtete man in den BRICS-Ländern die Strafzölle, die Trump auf ihre Waren zu erheben droht, während Moskau hoffte, mit Washington eine Einigung über den Frieden in der Ukraine zu erzielen. Zu vermuten ist auch, dass Moskau und Peking es nicht für möglich hielten, ernsthafte Investitionen in den Wiederaufbau des zerstörten Syriens zu tätigen und zogen eher eine Annäherung an die reichen arabischen Länder in Betracht. Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate und sogar Saudi-Arabien, das seine Mitgliedschaft noch nicht bestätigt hat, wurden in die BRICS aufgenommen, Syrien dagegen wurde nicht einmal in die Kategorie eines Partners aufgenommen. Offenbar spielte dabei die Hoffnung eine Rolle, den Einfluss Russlands auch nach einem Machtwechsel in Syrien erhalten zu können. Die Führung der so genannten „Opposition“ verspricht nun, normale Beziehungen zu Russland aufrechtzuerhalten, allerdings begannen russische Militärangehörige bereits mit der Räumung von Stützpunkten in Syrien.

Unabhängig von den Absichten der Beteiligten können die tatsächlichen Folgen der Ereignisse für kein Land, das Souveränität und Sicherheit schätzt, günstig sein. Syrien fällt in seinem derzeitigen Zustand als Faktor für ein militärpolitisches Gleichgewicht im Nahen Osten aus. Unter dem Vorzeichen der syrischen Ereignisse weitet Israel seine Besatzungszone auf den Golanhöhen aus, die es als sein Territorium betrachtet, obwohl die UN-Generalversammlung gerade erst erneut die Rückgabe an Syrien gefordert hat.

Iran und Irak haben Syrien als Bindeglied zu ihren libanesischen und palästinensischen Verbündeten verloren, auch ihre regionalen Positionen sind geschwächt. Die USA und Israel haben die Möglichkeit bekommen, im Libanon, wo im Januar Präsidentschaftswahlen anstehen, ein beliebiges ihnen genehmes Regime zu installieren.

Die USA werden damit zum einzigen Schlüsselfaktor für die Lösung des Nahostkonflikts. Washington wird noch stärker darauf drängen, dass die arabischen Staaten Israel ohne Garantie für die Rechte der Palästinenser anerkennen müssen. Der Netanjahu-Regierung, die vom Internationalen Gerichtshof wegen Völkermords an den Palästinensern angeklagt ist, sind keinerlei Hände gebunden für die vollständige Annexion palästinensischen Landes. Israelische Minister kündigen bereits Pläne zur Säuberung des Gazastreifens von Palästinensern an, und israelische „Siedler“ besetzen „vakante“ Ländereien.

Umfangreiche Expansionspläne in Syrien hegt auch die Türkei, die unter den NATO-Ländern über die zahlenmäßig zweitgrößte Armee verfügt.

Die USA und ihre Verbündeten werden versuchen, die syrische Erfahrung in anderen unbotmäßigen Ländern zu wiederholen. Das betrifft in erster Linie den Iran. Das erste, was die Putschisten in Aleppo und Damaskus taten, war die Verwüstung der diplomatischen Vertretungen des Iran. Trump und seine Truppe machten aus ihrer extremen Feindseligkeit gegenüber diesem Land noch nie einen Hehl. Bereits in seiner ersten Amtszeit entließ Trump die USA aus einem Abkommen zur Überwachung des iranischen Atomprogramms und belegte das Land mit schweren Sanktionen. Unlängst beschuldigte die Internationale Atomenergie-Behörde (IAEO) den Iran erneut, gegen Bedingungen des Atomabkommens zu verstoßen. Angesichts der mangelnden Bereitschaft des Westens und der IAEO, dem Iran ein Atomprogramm zur friedlichen Nutzung zuzugestehen, leitete das Land eine neue Phase der Urananreicherung ein und brachte außerdem einen Militärsatelliten in die Umlaufbahn. Die USA und Israel erklären offen, dass sie Militärschläge gegen den Iran vorbereiten. Unter Angriff stehen bereits der Irak und der Jemen, die im militärischen Bereich mit dem Iran zusammenarbeiten.